

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 28

10.07.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

■ **IM I. QUARTAL 2017 ERZIELTE DER STAATSHAUSHALT EINEN HISTORISCHEN ÜBERSCHUSS.**

Der Überschuss des ungarischen Staatshaushaltes näherte sich im I. Quartal 2017 zeitanteilig 2 Prozent am BIP an. Die öffentliche Hand konnte einen Haushaltsüberschuss in dieser Höhe seit 1999 nicht mehr erreichen; auf der Grundlage der gegenwärtig zur Verfügung stehenden Daten könnte das Jahresdefizit bis zu 1,5 Prozent am BIP sinken. Dank wachsender Budgeteinnahmen hält die ungarische Regierung seit 2012 das Haushaltsdefizit kontinuierlich unter 3 Prozent des BIP und reduziert gleichzeitig den Umfang der Staatsschulden.

■ **DAS PRESTIGE DER VISEGRÁD-STAATEN KÖNNTE WEITER WACHSEN.** Die Ministerpräsidenten der Visegrád-Staaten (V4) konsultierten sich in der vergangenen Woche in Budapest mit Ägyptens Staatspräsident Abd al-Fattah as-Sisi. Als ein herausragendes Thema des Treffens wurden die illegale Einwanderung und die damit einhergehenden Sicherheitserfordernisse angesprochen. Im Verlauf der Migrationskrise rücken die durch die V4 angestrebten Lösungsansätze mehr und mehr in den Vordergrund, woraufhin das Prestige dieser Staatengruppe auch außerhalb der Europäischen Union an Gewicht zugenommen hat. Das wurde nun auch durch den Umstand des Gipfels V4-Ägypten untermauert, zumal einer der bedeutendsten Staaten Nordafrikas abgesehen von den Fragen im Zusammenhang mit der Migration auch aus wirtschaftlichen Aspekten Tschechien, Polen, Ungarn und die Slowakei mittlerweile als geschlossenen Block betrachtet.

■ **DIE STRATEGIE EINES WANDELS DER JOBBIK ZUR VOLKSPARTEI IST ERFOLGLOS.** Weniger als ein Jahr vor den Parlamentswahlen scheint die Strategie eines Wandels der Jobbik zur Volkspartei auch weiterhin keine Ergebnisse zu zeitigen. Vor zwei Jahren lagen die Sympathiewerte der Partei noch deutlich höher als gegenwärtig: Laut Umfrageergebnissen des Nézópont-Instituts stand die Jobbik ausgehend vom wahrscheinlichsten Listenergebnis Anfang 2015 bei 28 Prozent. Die seither forcierte Strategie eines Wandels zur Volkspartei hat unterdessen die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen können; die Oppositionspartei konnte nicht nur ihre Unterstützung in der Bevölkerung nicht ausbauen, sondern nicht einmal das damalige Ergebnis von nahezu 30 Prozent stabilisieren.

- ANDERTHALB MILLIONEN MENSCHEN UNTERSTÜTZEN DEN STANDPUNKT DER LIBERALEN UM GÁBOR FODOR, SECHS MILLIONEN SIND DAGEGEN. Annähernd anderthalb Millionen Menschen (18 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung) stimmen zu, dass in Ungarn unter geregelten Umständen der Verkauf von Marihuana legalisiert werden sollte, während knapp sechs Millionen (73 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung) diese Gedanken ablehnen, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts im Auftrag der Boulevardzeitung „Blikk“ hervor.

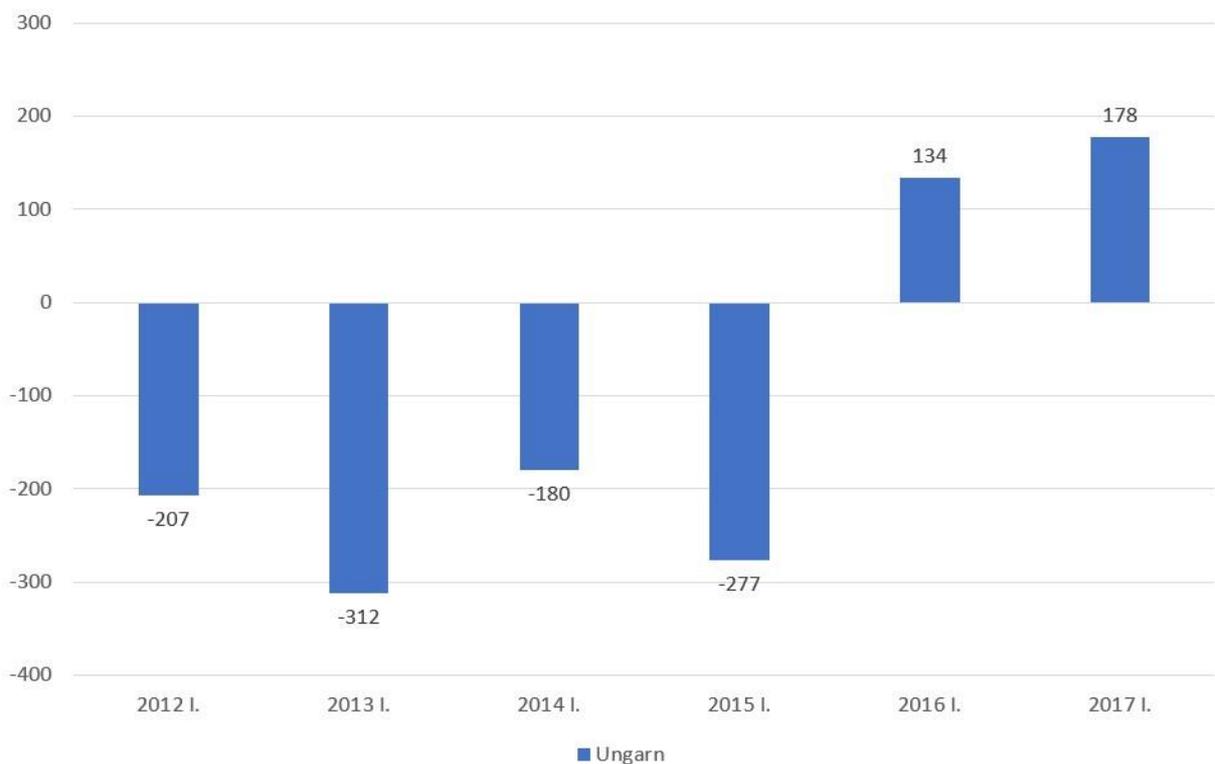
WIRTSCHAFTSPOLITIK

Im I. Quartal 2017 erzielte der Staatshaushalt einen historischen Überschuss

Der Überschuss des ungarischen Staatshaushaltes näherte sich im I. Quartal 2017 zeitanteilig 2 Prozent am BIP an. Die öffentliche Hand konnte einen Haushaltsüberschuss in dieser Höhe seit 1999 nicht mehr erreichen; auf der Grundlage der gegenwärtig zur Verfügung stehenden Daten könnte das Jahresdefizit bis zu 1,5 Prozent am BIP sinken. Dank wachsender Budgeteinnahmen hält die ungarische Regierung seit 2012 das Haushaltsdefizit kontinuierlich unter 3 Prozent des BIP und reduziert gleichzeitig den Umfang der Staatsschulden.

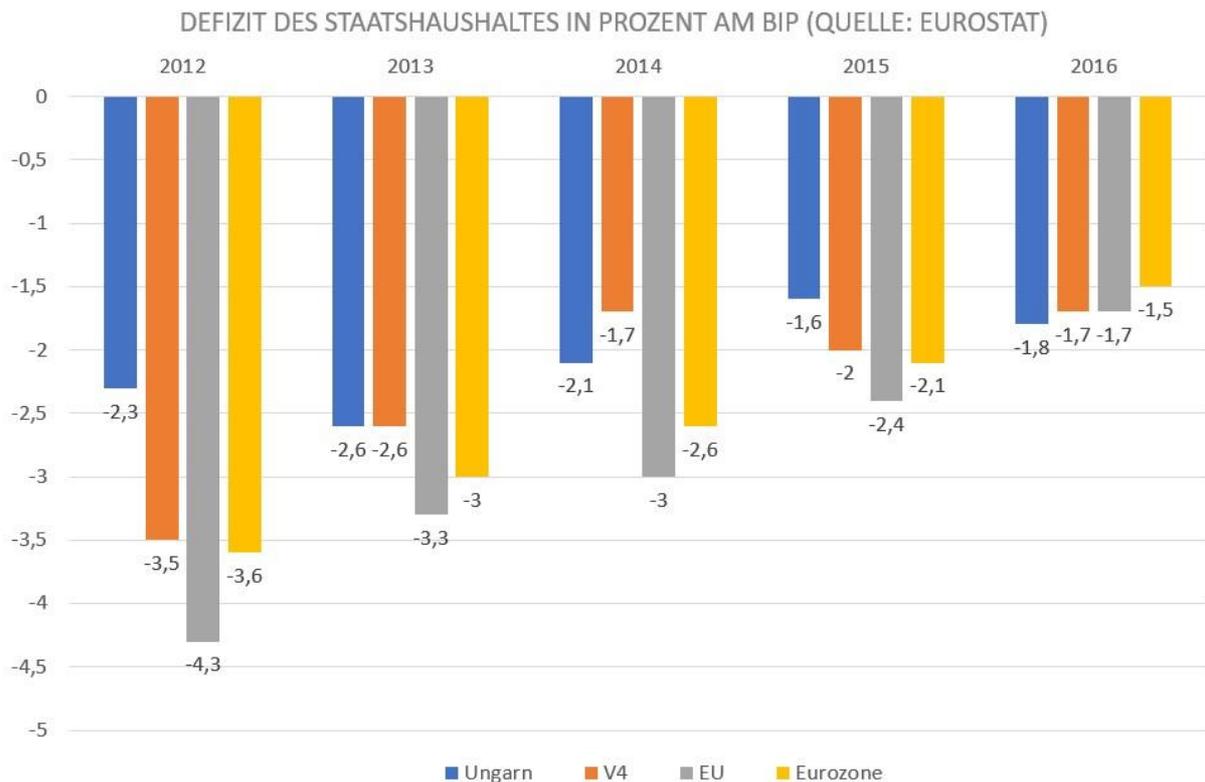
Den aktuellsten Zahlen zufolge erreichte der Haushaltsüberschuss im ersten Quartal dieses Jahres 178 Milliarden Forint, was annähernd 2 Prozent des BIP für diesen Zeitraum entspricht. Der Überschuss legte gegenüber dem identischen Vorjahreszeitraum noch einmal um 44,3 Milliarden Forint oder 0,4 Prozentpunkte am BIP zu. Die öffentliche Hand hat seit 1999 kein dermaßen hohes Plus wie in diesem ERSTEN Quartal verzeichnen können.

DER KUMULIERTE SALDO DER ÖFFENTLICHEN HAND FÜR DAS ERSTE QUARTAL IN MILLIARDEN FORINT (QUELLE: KSH)



Der beträchtliche Haushaltsüberschuss wurde durch zusätzliche Einnahmen des Fiskus im Zuge eines stärkeren Wirtschaftswachstums, steigender Beschäftigung und höherer Reallöhne verursacht. Im ersten Quartal wuchs die ungarische Wirtschaft um 4,2 Prozent, arbeiteten 106.000 Menschen mehr als vor einem Jahr und rangierten die Brutto- ebenso wie die Nettolöhne um 11 Prozent über jenen aus dem gleichen Zeitraum des Jahres 2016. Besonders drastisch, um 73,2 Milliarden Forint (12,4 Prozent) stiegen die Einnahmen aus der Einkommensteuer. Die Einnahmen aus den Sozialversicherungsabgaben legten noch zu, obgleich doch die Arbeitgeberabgaben im Sinne der umfassenden Tarifvereinbarung vom vorigen November gesenkt wurden.

Ungarn hält sein Haushaltsdefizit seit 2012 systematisch unter 3 Prozent am BIP und erfüllt auf diese Weise das einschlägige Maastricht-Kriterium. Ausgehend von den bislang vorliegenden Daten für dieses Jahr befindet sich das für 2017 auf 2,4 Prozent am BIP angesetzte Defizitziel nicht in Gefahr. Ganz im Gegenteil könnte das Haushaltsdefizit bis zum Jahresende sogar bis auf 1,5 Prozent am BIP zurückgehen.



AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Das Prestige der Visegrád-Staaten könnte weiter wachsen

Die Ministerpräsidenten der Visegrád-Staaten (V4) konsultierten sich in der vergangenen Woche in Budapest mit Ägyptens Staatspräsident Abd al-Fattah as-Sisi. Als ein herausragendes Thema des Treffens wurden die illegale Einwanderung und die damit einhergehenden Sicherheitserfordernisse angesprochen. Im Verlauf der Migrationskrise rücken die durch die V4 angestrebten Lösungsansätze mehr und mehr in den Vordergrund, woraufhin das Prestige dieser Staatengruppe auch außerhalb der Europäischen Union an Gewicht zugenommen hat. Das wurde nun auch durch den Umstand des Gipfels V4-Ägypten untermauert, zumal einer der bedeutendsten Staaten Nordafrikas abgesehen von den Fragen im Zusammenhang mit der Migration auch aus wirtschaftlichen Aspekten Tschechien, Polen, Ungarn und die Slowakei mittlerweile als geschlossenen Block betrachtet.

Bis zum Juni 2018 werden die Visegrád-Staaten unter ungarischem Vorsitz allen Spaltungsversuchen zum Trotz auch weiterhin Geschlossenheit in der Frage der Migration zeigen. Das aber hat die Fähigkeit der tschechischen, polnischen, ungarischen und slowakischen Regierung zur Geltendmachung ihrer Interessen enorm gestärkt, so dass im Laufe der letzten zwei Jahre gleich mehrere durch die V4 angestrebte Lösungsansätze in den Vordergrund gelangten. Denken wir nur an die Erkenntnis, dass ein Schutz der Grenzen notwendig ist, was heute auch von Seiten der westeuropäischen politischen Elite immer weniger in Frage gestellt wird. Das verleiht den Ländern der Visegrád-Zusammenarbeit ein enormes Prestige, was erst recht gilt, nachdem das durch die Europäische Kommission und mehrere westliche Mitgliedstaaten aufgedrängte System der Quotenregelung gescheitert ist. Letzteres haben die Visegrád-Staaten im Übrigen seit Ausbruch der Einwanderungskrise zurückgewiesen, wobei es nicht undenkbar ist, dass auch Deutschland im

Ergebnis der Bundestagswahlen vom September die Verteilung der Einwanderer nach Ansiedlungsquoten nicht länger forcieren wird. Zumindest lässt dies jene Erklärung des deutschen Vizekanzlers und Außenministers Sigmar Gabriel erahnen, wonach sich die EU an Stelle der Debatte über die Quoten damit befassen sollte, die Zahl der Flüchtlinge zu mindern.

Die wachsende Bedeutung der Zusammenarbeit der Visegrád-Staaten und deren steigendes Ansehen wird auch durch das Budapester Gipfeltreffen V4-Ägypten untermauert: Ganz deutlich wahrnehmbar wird nunmehr auch in Regionen außerhalb Europas ernsthaft mit dieser Staatengruppe gerechnet. Denn mit Ägypten hat sich einer der bedeutendsten und stabilsten

Staaten Nordafrikas mit den V4 nicht nur zu Fragen der Migration und der Sicherheitspolitik konsultiert, sondern betrachtet Tschechien, Polen, Ungarn und die Slowakei auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit als einen Block: Über die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen hinaus vereinbarten die V4 und Ägypten eine spezielle Zusammenarbeit, die dazu berufen sein soll, das wirtschaftliche Potenzial in der Relation Mitteleuropas zu dem nordafrikanischen Land auszubeuten. Mit der Ausarbeitung von Details beauftragten die Verhandlungspartner Ungarn, das aktuell den Vorsitz der V4-Gruppe einnimmt.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Die Strategie eines Wandels der Jobbik zur Volkspartei ist erfolglos

Weniger als ein Jahr vor den Parlamentswahlen scheint die Strategie eines Wandels der Jobbik zur Volkspartei auch weiterhin keine Ergebnisse zu zeitigen. Vor zwei Jahren lagen die Sympathiewerte der Partei noch deutlich höher als gegenwärtig: Laut Umfrageergebnissen des Nézőpont-Instituts stand die Jobbik ausgehend vom wahrscheinlichsten Listenergebnis Anfang 2015 bei 28 Prozent. Die seither forcierte Strategie eines Wandels zur Volkspartei hat unterdessen die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen können; die Oppositionspartei konnte nicht nur ihre Unterstützung in der Bevölkerung nicht ausbauen, sondern nicht einmal das damalige Ergebnis von nahezu 30 Prozent stabilisieren.

Die Sympathiewerte der Jobbik bewegen sich derzeit nahe an dem bei den Parlamentswahlen 2014 erreichten Ergebnis von 21 Prozent. Die durch den Parteivorsitzenden Gábor Vona angestrebte Strategie eines Wandels zur Volkspartei hat somit bislang genau jene These nicht bestätigen können, wonach im Kreis der Oppositionswähler jene Gruppen an Gewicht gewonnen hätten, die in der Jobbik die Garantie für einen Regierungswechsel sehen. Für Gábor Vona aber würde eine Niederlage bei den Wahlen im kommenden Jahr eindeutig als Scheitern auszulegen sein, nachdem er im Sommer 2016 seine persönliche politische Zukunft an das Abschneiden der Jobbik bei den nächsten Wahlen knüpfte. Exakt sagte er, sollte die Jobbik nicht gewinnen, werde er als Parteivorsitzender zurücktreten. Ausgehend von den aktuellen Daten bestehen jedoch kaum Aussichten auf einen Wahlsieg der Jobbik, was gleichzeitig die Erfolglosigkeit von Gábor Vona belegt, der sich die Strategie des Wandels zur Volkspartei auf die Fahnen schrieb. Zwar könnte die Jobbik in den bis zu den Wahlen verbleibenden 8-9 Monaten noch immer neue Wähler gewinnen, doch wird dies gleich durch mehrere Faktoren erschwert: Zum einen ist diese Partei in

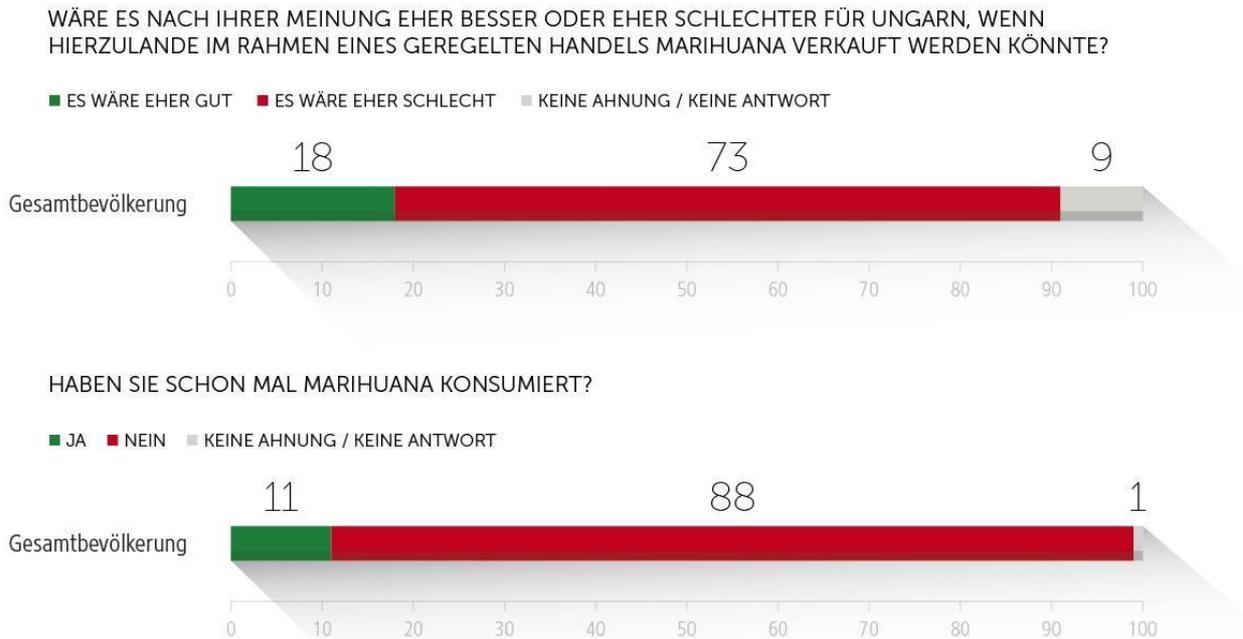
Ermangelung glaubwürdiger Fachpolitiker deutlich sichtbar nicht imstande, den Wählern als regierungsfähige Alternative zu erscheinen, zum anderen wird sie regelmäßig durch politische Skandale belastet, welche jene Wähler des linken Lagers abschrecken dürften, die man eben gerade anzusprechen versucht. Allein in der vergangenen Woche gab es gleich drei solcher Fälle: Der Stellvertretende Vorsitzende der Jobbik im Komitat Fejér machte auf einem der größten Sozialforen antisemitische Äußerungen, ein Parlamentsabgeordneter der Partei wird verdächtigt, früher ein Mädchen unter 18 Jahren sexuell missbraucht zu haben, während der Skandal um den Europaparlamentsabgeordneten Béla Kovács und dessen Spionage für die Russen eine neue Wendung erfuhr. Obendrein müsste die Jobbik für einen Wahlsieg das angestammte Lager zusammenhalten, was jedoch abgesehen von der politischen Wende noch durch ihr Verhältnis zu den Parteien des linken Lagers erschwert wird: Die Jobbik kooperiert nämlich im Parlament immer häufiger und offensichtlicher mit den Linken, was einen Teil ihres alten Wählerlagers abstoßen dürfte.

Dabei kann die Jobbik im Parlament einzig und allein dank der Offenheit der Parteien des linken Lagers überhaupt mit den anderen Oppositionsparteien zusammenarbeiten. Während die Linke früher gestützt auf ihre Prinzipien jede Art der Kooperation mit der Jobbik ausschloss und ihre Abgeordneten die Partei unter Führung von Gábor Vona wiederholt mit Adjektiven wie nazistisch, faschistisch, rassistisch und antisemitisch belegten, grenzt man sich heute von einer Zusammenarbeit nicht länger ab. Das gilt erst recht für die Sozialisten: In Verbindung mit dem kürzlich verabschiedeten „Plakatgesetz“ unterstützt die MSZP die Verfassungsklage der Jobbik, wie sie ebenso in der Sache des durch die Jobbik gegen Staatspräsident János Áder angestrebten Amtsenthebungsverfahrens Solidarität zeigte. Hier stellt sich die Frage, wie dieses Verhalten die Sympathiewerte der MSZP auf längere Sicht beeinflusst, vor allem wenn diese Zusammenarbeit – selbst wenn diese nur auf der informellen Ebene beibehalten wird – von den Parteien auch auf die im kommenden Jahr fälligen Parlamentswahlen ausgedehnt werden sollte.

Anderthalb Millionen Menschen unterstützen den Standpunkt der Liberalen um Gábor Fodor, sechs Millionen sind dagegen

Annähernd anderthalb Millionen Menschen (18 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung) stimmen zu, dass in Ungarn unter geregelten Umständen der Verkauf von Marihuana legalisiert werden sollte, während knapp sechs Millionen (73 Prozent der erwachsenen

Gesamtbevölkerung) diese Gedanken ablehnen, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts im Auftrag der Boulevardzeitung „Blikk“ hervor.



Diese Zahlen bedeuten, dass mehr Menschen für eine vollständige Legalisierung sind, als nach eigenen Angaben bisher selbst Marihuana konsumiert haben (11 Prozent der Befragten). Gegenwärtig gibt es im Übrigen keine einzige gesellschaftliche Schicht, in der die Befürworter einer Legalisierung in der Mehrheit wären. Diese Konzeption wird durch überdurchschnittlich viele Befragte hauptsächlich im Kreis der 18-29-Jährigen (34 Prozent), der Budapester (28 Prozent) sowie jener Personen unterstützt, die sich selbst der Oberschicht zuordnen (39 Prozent). Mehr als die Hälfte jener, die früher bereits Marihuana ausprobiert haben (57 Prozent der besagten 11 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung), sprechen sich dafür aus, dass ein Verkauf in Ungarn unter geregelten Umständen möglich sein sollte. Derweil wird diese Vorstellung von einem Drittel der früheren Konsumenten (33 Prozent) abgelehnt.

Methodik

Die telefonische Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts erfolgte im Zeitraum 6.-8. Juni 2017 mit der

Befragung von 1.000 Personen. Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer Stichprobe von

1.000 Personen ergibt sich eine maximale Fehlertoleranz von 3,2 Prozent.

PROGNOSE

- Am 11. Juli teilt das Statistische Amt KSH die Entwicklung der Verbraucherpreise im Juni mit. Im Mai lagen die Verbraucherpreise durchschnittlich um 2,1 Prozent höher, als ein Jahr zuvor. Im Vergleich zum April stiegen die Verbraucherpreise um 0,2 Prozent.
- Am 13. Juli wird auf der deutsch-französischen Regierungssitzung ein gemeinsamer Vorschlag zur Weiterentwicklung der Europäischen Union und der Eurozone verabschiedet. Sigmar Gabriel sagte früher über die im Entstehen begriffenen Pläne zur Weiterentwicklung der Europäischen Union und der Eurozone, nach seiner Meinung ließe sich auch ohne Modifizierung des die Funktionsweise der EU regelnden Lissabon-Vertrags sehr viel umsetzen, wie beispielsweise die Einrichtung der Institutionen eines Budgets und eines Finanzministers für die Eurozone.
- Am 14. Juli beginnt die Schwimm-WM in Budapest. Für die Veranstaltungen wurden insgesamt 130.000 Karten verkauft; die Sportereignisse finden an vier Schauplätzen in Budapest sowie an einem Ort auf dem Lande statt.